

Unnötigen Wirbel ausgelöst

«Villiger: «Diese Info wäre nützlich!», Ausgabe vom 5. September

Die Äusserung des Zuger Sicherheitsdirektors gegenüber der Presse, er würde es begrüßen, wenn der Zuger Jugendanwalt über den Migrationshintergrund der beteiligten Schweizer einer von der Polizei ermittelten Diebesbande Auskunft geben würde, hat einen unnötigen Wirbel aus dem rechtsbürgerlichen Lager gegen den Jugendanwalt ausgelöst. Mit diesen Aussagen zeigt er auch seine Unkenntnis über eine interkantonale Abmachung.

Seine Idee, den zentralschweizerischen Sicherheitsdirektoren einen Antrag zu unterbreiten, in Zukunft den Migrationshintergrund von Schweizern zu veröffentlichen, ist wenig überlegt. Will sich da unser Sicherheitsdirektor bei den Ultrationalisten anbieten?

Es scheint, dass der Sicherheitsdirektor nach dem Ausbruch eines Häftlings in der Strafanstalt Zug nervös ist. Dass jetzt auf die Wahlen hin einiges gemacht werden muss, ist klar. Besser wäre es ihm angestanden, sich beim Jugendanwalt für seine unbedachten und unkorrekten Äusserungen gegenüber der Presse zu entschuldigen. Ob er dies wohl schon gemacht hat?

HUBERT SCHULER,
KANTONS RAT SP, HÜNENBERG

Es hapert bei der Umsetzung

«Die Gleichstellung bleibt umstritten», Neue ZZ vom 1. September

Der Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat im Februar eine Vorlage, die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann acht weitere Jahre fortzuführen. Der Regierungsrat begründet sein Anliegen damit, dass zwar die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann weitgehend, aber noch nicht ganz, realisiert ist. Mit der Umsetzung davon hapert es jedoch noch auf vielen Baustellen.

Als Beispiele dazu: Lohngleichheit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gleiche Vertretung in politischen Entscheidungsgremien, geschlechtsunspezifisches Berufswahlverhalten, Vertretung in Kadern der Wirtschaft.

Die Kantonsratskommission, die sich mit dieser Vorlage befasst, konnte sich nur äusserst knapp dazu entscheiden, auf das Geschäft überhaupt einzutreten. Am Schluss der Beratung in der Kommission lehnte eine Mehrheit der Mitglieder die Weiterführung der Gleichstellungskommission faktisch ab.

Sowohl in der Bundes- wie auch in der Kantonsverfassung ist die Chancengleichheit von Frau und Mann festgeschrieben. Um diesen Auftrag auch tatsächlich umzusetzen, braucht der Kanton Zug auch weiterhin eine Kommission oder eine Fachstelle. Es stünde dem Kanton Zug nicht gut an, wenn er zu den ganz wenigen Kantonen ohne Kommission oder Fachstelle für die Chancengleichheit von Frau und Mann gehören würde. Ich hoffe sehr, dass eine Mehrheit der Kantonsräte und -rätinnen dies auch so sehen.

KÄTY HOFER, SP HÜNENBERG

LESERBRIEFE

Wir bedanken uns an dieser Stelle wieder einmal für die vielen Zuschriften. Wir haben aber eine Bitte: Fassen Sie sich möglichst kurz. Vielen Dank!



Siamesische Zwillinge im Garten

Bei diesen Helenium-Blüten – die Pflanze trägt auch den Namen Sonnenbraut – hat die Natur einer Laune nachgegeben und einen siamesischen Zwilling entstehen lassen.

LESERBILD JOSEF LUSTENBERGER, STEINHUSERBERG

Ein anderes Bild der Jugend und der Schule

Jugend und Schule sind beliebte Themen für den Wahlkampf. Doch stimmt das von gewissen Politikern suggerierte Bild der Kuschelpädagogik und Leistungsverweigerung auch mit der Wirklichkeit überein?

Im Januar 2010 wurde die Oberstufe Schönenbühl in Unterägeri einer externen Evaluation unterzogen. Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrpersonen wurden schriftlich befragt, die Ergebnisse in Interviews und durch Unterrichtsbesuche in allen Klas-

sen und bei allen Lehrpersonen überprüft.

Zusammengefasst die Ergebnisse: Die Unterrichtszeit wird für Lernprozesse genutzt. Die Lernziele sind in der Regel bekannt. Selbstreguliertes und selbstständiges Lernen wird ermöglicht. Unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Begabungen wird, wenn auch noch nicht überall, Rechnung getragen. Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen begegnen sich mit Respekt und Wertschätzung. Die allermeis-

ten Schülerinnen und Schüler fühlen sich in der Schule wohl. Dies sagen 89 Prozent der Schülerinnen und Schüler und 90 Prozent der Eltern bestätigen dies. Die Eltern schätzen den wertschätzenden und fairen Umgang, den die Lehrpersonen mit ihnen pflegen. Sie fühlen sich bei Gesprächen mit den Lehrpersonen ernst genommen.

Ohne ausgezeichnete Vorarbeit im Elternhaus, im Kindergarten und in der Primarschule, ohne Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus wären

solche Ergebnisse nicht realisierbar.

Die Bildung hat im Kanton Zug zu Recht einen hohen Stellenwert, die Wirtschaft braucht gut ausgebildete, motivierte Jugendliche. Dass diese Ziele erreicht werden können, dafür sorgt als Leitfaden das Rahmenkonzept «Gute Schulen». Und positive Rückmeldungen motivieren und liefern Energie für die tägliche Arbeit und die qualitative Weiterentwicklung der Schule.

ARTHUR WALKER, SCHULHAUSLEITER,
KANTONS RAT CVP, UNTERÄGERI

Am Wahlsonntag: Sehen, urteilen, wählen

Zu den Wahlen vom 3. Oktober

Die bevorstehenden Zuger Wahlen sind Richtungswahlen. Unsere Gemeinde- und Kantonspolitik beeinflusst auch das nationale Geschehen. Beim aktuellen Zeitgeist, dem «Tanz um das goldene Kalb», spielt Zug die erste Geige. Das Orchester wird von vielen virtuosen Solisten mit Steuermotiv Zug, Baar, Walchwil, Risch und Oberägeri angeführt. Die übrigen Mitspieler stehen im Hintergrund und halten sich an die Vorgaben der Solisten, auffallend ist nur, dass zurzeit viele von ihnen auf gewis-

sen Wahllisten zu finden sind.

Damit Wölfe im Schafspelz erkannt werden, ist es wichtig, den bisherigen Weg, das Umfeld und die Promotoren eines Kandidaten genau anzuschauen. Dass die Volksweisheit «Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber» nicht verfängt, sollten keine Kandidaten gewählt werden, die: – preistreiberische Boden- und Immobilienspekulationen betreiben oder zulassen; – die akzeptieren, dass mit Pauschalbesteuerung Personen wie Viktor Veckselberg nach Zug kommen; – die schamlose Abzocker und Boni-

Bezüger aktiv oder passiv decken; – die zulassen, dass Post und Bahn scheinbar zerschlagen werden; – die weiterhin mit Vollgas unsern bereizten Lebensraum verbauen wollen.

Viele Trittbrettfahrer

Das gierige Streben nach dem schnellen grossen Geld ist nur dank vielen Trittbrettfahrern und Steigbügelhaltern salonfähig geworden. Wen wundert da, dass das fragwürdige Lebenswerk von Marc Rich in einem Buch verherrlicht wird und dass Günther Zobel sein Hochhaus in Baar zu

80 Prozent an potente Ausländer vermietet. Viele bürgerliche Kandidaten spielen während des Wahlkampfes mit gezinkten Karten. Warum übrigens viele tüchtige Bauern ihr Heil bei der SVP suchen, ist für Aussenstehende unverständlich, wird doch ihr wertvoller Boden in grossem Stil vor allem von SVP-Exponenten zweckentfremdet.

Wahlen sind dafür da, um zu starke Machtblöcke zu stützen und schwache Gruppierungen mit gemeinnützigen Zielen zu fördern. Nur so können verfilzte Strukturen und Formen von Machtmissbrauch durchkreuzt werden.

KARI MÜLLER, ZUG

Anständige Ausländer sollen nicht leiden

Seit jeher haben zahlreiche Ausländer in der Schweiz eine neue Heimat gesucht, sei es als Flüchtlinge, sei es als Arbeitssuchende. Die schweizerische Wirtschaft ist und war schon immer auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen. Ohne sie wären viele Unternehmungen nicht dort, wo sie heute stehen. Darum hat die Schweiz immer grosszügig arbeitssuchende Ausländer aufgenommen und ihnen eine berufliche und persönliche Perspektive geboten. Die klaren Bestimmungen der Ausschaffungsinitiative schrecken Kriminaltouristen ab und machen die Schweiz für Gesetzesbrecher unattraktiv.

Die Ausschaffungsinitiative schafft klare Voraussetzungen dafür, dass Ausländer, die in unserem Land schwere Verbrechen begehen, endlich konsequent ausgewiesen werden. Der massive Anstieg des Ausländeranteils in der Schweiz ist bedenklich. Die damit verbundenen

wachsenden Probleme mit fremden Kulturen, neuen Religionen und integrationsfaulen Ausländern gehen einher mit einer statistisch erwiesenen Zunahme der Ausländerkriminalität, aber auch der Jugendgewalt. Diese Entwicklungen müssen gestoppt werden.

Der linken Politik der Verharmlosung muss endlich Einhalt geboten werden. Behörden und Gerichte müssen die in unserem Land geltenden Regeln konsequent durchsetzen. Zudem sind Verschärfungen im Strafrecht sowie in der Ausländerpolitik ins Auge zu fassen. Die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer hat zum Ziel, die Regeln in unserem Land wieder durchzusetzen. Wer sich nicht daran hält und straffällig wird, muss unser Land verlassen. Die Schweiz darf nicht zum Eldorado für kriminelle Ausländer werden. Die Schaffung klarer Richtlinien und Tatbestände für die Ausschaffung krimineller Ausländer ermöglicht uns, Ordnung und Sicherheit

in der Schweiz wieder zu gewährleisten.

Anständige und integrationswillige Ausländer sollen nicht länger leiden! Die Ausschaffungsinitiative zeigt den Ausländern die Wichtigkeit einer guten Integration auf. Die aktive Integration ist von den Ausländern einzufordern und nicht mit teuren und wirkungslosen staatlichen Programmen zu begleiten. Wer sich integriert und sich an die Schweizer Rechtsordnung hält, darf in der Schweiz bleiben. Die meisten Ausländer orientieren sich bereits heute daran. Wer sich aber nicht integrieren will, unsere Regeln missachtet und sich nicht für die schweizerischen Gepflogenheiten interessiert, soll das Land verlassen müssen. Gerade bei Ausländerkindern oder jugendlichen Ausländern sind diese Ziele besonders wichtig.

Die Initiative trifft die Richtigen. Die Volksinitiative für die Ausschaffung

krimineller Ausländer richtet sich an Ausländer, welche gegen unsere Ge-

ZUGER ANSICHTEN

Karl Nussbaumer,
Kantonsrat SVP,
Menzingen



setze verstossen, schwere Straftaten begehen, unsere Sozialwerke missbrauchen und so die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden. Wer die schweizerische Rechtsordnung missachtet und sich partout nicht integrieren will, muss unser Land verlassen. Er hat sein Gastrecht verwirkt. Querulanten, jugendliche Schläger, Drogenhändler, Vergewaltiger oder andere kriminelle Ausländer haben in der Schweiz nichts verloren. Darum wähle man am 3. Oktober SVP. Wir setzen uns für unser Vaterland ein!